POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE NOVEMBER 2021 | 17. JAHRGANG



Der neue Kreisvorstand am Start

Die Potsdamer LINKE hat am 13.11.21, auf ihrem Parteitag einen neuen Kreisvorstand gewählt. Die knapp 100 anwesenden Mitglieder sprachen dabei der Abgeordneten Marlen Block und dem bisherigen Vorsitzenden Roland Gehrmann als neuer Doppelspitze ihr Vertrauen aus. Foto: Tom Berthold **Seite 3**



Gedenken an Herbert Ritter aus Nowawes

Am 12. November 1931 kam Herbert Ritter von einer Veranstaltung. Auf dem Heimweg wurde er von SA-Mann Günter Güstrau auf dem Friedrich-Kirch-Platz (heutiger Weberplatz) niedergeschossen. Ritter verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus.

SEITE 4



Für ehrenamtliche Tätigkeit mit Urkunde geehrt

Anfang Oktober wurden im Rahmen der 27. Seniorenwoche auf einer Festveranstaltung verdienstvolle Senior:innen mit der „Ehrenurkunde des Seniorenrates“ des Landes Brandenburg geehrt. Aus Potsdam war unser Genosse Gerhard Kienberg dabei.

SEITE 5



LINKE Gegenoffensive für ein soziales Brandenburg

Breiter Protest auf Brandenburgs Straßen gegen Haushaltskürzungen im sozialen Bereich des Landes Brandenburg. Soziale Folgen der Pandemie müssen verhindert werden. Offensive für sozialen Zusammenhalt gefordert.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der aktuelle „Rathausreport“ im Innenteil

Der „Rathausreport“ widmet sich im November den „Fragen & Antworten“, „Beschlossenem“ und „Überwiesenem“ aus der 24. Stadtverordnetenversammlung vom 3. November 2021 und weiteren Problemen der Stadtpolitik.

SEITEN I – IV

Ergebnisbericht der Gesamtmitgliederversammlung

Kreisvorstand

Kreisvorsitzende: Marlen Block, Roland Gehrmann

Stellv Kreisvorsitzende: Iris Burdinski, Norbert Müller, Kreisschatzmeisterin: Petra Pannicke

Kreisgeschäftsführer: Steffen Lehnert

Weitere Mitglieder: Lotte Krüger, Janina Michalke, Petra Perscheid, Peter Mundt, Oliver Treffer, Adnan Kadric, Dietmar Glapski (73%).

Delegation Landesparteitag

Liane Albrecht, Marlen Block, Iris Burdinski, Tina Lange, Petra Pannicke, Isabelle Vandre, (Ersatzdelegierte: Martina Trauth) Steffen Brumme, Roland Gehrmann, Dietmar Glapski, Konstantin Gräfe, Norbert Müller, Leonard Ohl, (Ersatz: Jürgen Engert und Stefan Wollenberg)

Delegation Bundesparteitag

Marlen Block, Isabelle Vandre, Konstantin Gräfe, Norbert Müller (Ersatz: Stefan Wollenberg)

Mitglieder im Landesausschuss

Sigrid Müller, Tina Lange, Oliver Treffer, Ersatz: Jonathan Wiegers

Finanzrevisionskommission

Hannelore Müller, Hans-Dieter Plumbaum

(siehe auch: dielinke-potsdam.de)



Grundsteinlegung für Synagoge in Potsdam

Die Landesregierung wird zusammen mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) in der Schloßstraße ein Synagogen- und Gemeindezentrum errichten. Bis 2024 soll diese fertiggestellt werden. Am 8. November 2021, am Vorabend des 83. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 wurde der Grundstein für die Synagoge Potsdam gelegt.

„In der Mitte der Stadt und in Sichtweite des Landtags wird die Synagoge ein klares Bekenntnis zum Judentum in Brandenburg sein“, betonte Ministerpräsident Woidke. Und dieses Bekenntnis sei mehr als notwendig. Wir haben in den vergangenen Jahren zunehmend abscheuliche Angriffe und offenen Antisemitismus erlebt. Wir blicken auf 350 Jahre jüdisches Leben in Brandenburg zurück. Die jüdische Gemeinde Brandenburg feiert ihr 30-jähriges Jubiläum. Gleichzeitig jährt sich am 9. November die Pogromnacht der mörderischen Nationalsozialisten. Dieses Nebeneinander von unfassbarem Leid und auch von großer Freude prägt die 1.700 Jahre des Judentums in Deutschland.

Das Land finanziert den Bau mit rund 13,7 Millionen Euro.



GRUNDSTEINLEGUNG
FOTOS: DPA



Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



DER NEUE KREISVORSTAND

Potsdamer LINKE wählte neuen Kreisvorstand

Die knapp 100 anwesenden Mitglieder sprachen der Landtagsabgeordneten Marlen Block (93 %) und dem bisherigen Vorsitzenden Roland Gehrmann (90 %) als neuer Doppelspitze des 13- köpfigen Gremiums ihr Vertrauen aus. Während Gehrmann in seine zweite Amtszeit geht, löst Block damit Martina Trauth ab, die nicht erneut kandidierte.

Die frisch Gewählten zeigten sich trotz der zuletzt schwachen Wahlergebnisse in ihren Reden zuversichtlich: „Auf die zentralen Fragen unserer Zeit, wie den Klimawandel und soziale Gerechtigkeit kann und wird DIE LINKE neue Antworten geben. Es braucht uns, denn sonst droht klimatische Wärme und soziale Kälte!“, so Gehrmann

Als stellvertretende Vorsitzende fungieren für die nächsten zwei Jahre die 32-jährige Gewerkschafterin Iris Burdinski und der bisherige Bundestagsabgeordnete Norbert Müller. Als neuer Geschäftsführer wurde Steffen Lehnert, als Schatzmeisterin Petra Pannicke gewählt.

Komplettiert wird der Kreisvorstand durch Lotte Krüger, Janina Michalke, Petra Perscheid, Dietmar Glapski, Adnan Kadric, Peter Mundt und Oliver Treffer.

„Ich kann es kaum erwarten, mit diesem Team durchzustarten! Wir werden zeigen, was die Menschen dieser Stadt an der LINKEN haben“, zeigt sich Marlen Block tatenfreudig.

In zehn weiteren Wahlgängen wurden zudem die Delegationen zu Landes- und Bundesparteitag, Vertreter:innen für den Landesausschuss der Partei sowie die Finanzrevisionskommission bestimmt.

Trotz der vielen Gremienwahlen kam es auf der 7- stündigen Veranstaltung in der Babelsberger Metropolishalle auch zum inhaltlichen Austausch. So bekräftigte der Fraktionsvorsitzende Stefan Wollenberg in seiner Rede über die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung den Willen zum Erhalt des Rechenzentrums genauso wie er die jüngsten Verwerfungen um die Josephinen-Wohnanlage in der Burgstraße anprangerte. Beides zeige, dass es die LINKE in der Stadt brauche, um die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung gegen Verwertungsinteressen zu verteidigen.

Mit großer Freude wurde zudem die jüngste Eintrittswelle neuer Mitglieder aufgenommen. So haben sich allein im vergangenen Jahr über 40 neue Menschen den Genossinnen und Genossen angeschlossen. Diesen Trend gelte es fortzusetzen, und die neuen Aktiven bestmöglich in die täglichen politischen Auseinandersetzungen einzubinden.

Hier ist DIE LINKE: Kornelia Wehlan bleibt Landrätin in TF



Liebe Konni, zuerst nochmal einen Herzlichen Glückwunsch zu Deiner erfolgreichen Wahl als Landrätin von Teltow- Fläming! Ihr habt gezeigt, dass die LINKE auch noch Siege feiern kann. Was war Euer Rezept? Wie geht es nun weiter?

Kurz gesagt: Bodenhaftung, Wahlstrategie mit dem Fokus auf die Landratswahl, umsichtiger Einsatz der begrenzten Wahlkampfmittel – orientiert an Person, Inhalt und Medium und ein Wahlkampfteam mit vielen, vielen Helfer*innen. Letztendlich war es eine tolle Mannschaftsleistung auch mit Unterstützung aus der Landtagsfraktion und angrenzender Landkreise. Ein beredter Ausdruck dafür ist, dass 80 Prozent meiner Wählenden aus der Hauptwahl zur Stichwahl erneut mobilisiert werden konnten und damit das Quorum sicher geschafft wurde. Immerhin wurden von den bisher 19 stattgefundenen Direktwahlen der Landrätinnen und Landräte in Brandenburg nur 8 direkt entschieden. Bewährt hat sich, dass wir alle Medien bedienten, die uns in der Region und im Netz zur Verfügung standen Und immer wieder Haustürwahlkampf in den Gemeinden und Städten - mit und ohne Kandidatin. Letztendlich konnten wir unsere festen Hochburgen im ländlichen Raum – besonders im Süden sichern und ausbauen. Aber auch im urbanen Raum bzw. Speckgürtel war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen und ein großer Erfolg.

Wie geht es nun weiter? Welche Vorhaben stehen an?

Ohne feste politische Mehrheiten im Kreistag setze ich auch künftig auf Vernunft, gesunden Menschenverstand und Konsens. Denn dort, wo Politik, Bürgerschaft und Verwaltung parteiübergreifend an einem Strang ziehen, kann viel gelingen. Im Wahlkampf um das Landratsamt haben sich bereits viele Themen herauskristallisiert – bedarfsgerechte Mobilität und Ausbau des ÖPNV, schnelles Internet in der Fläche, digitale Verwaltung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Unabhängig von Personen oder Parteien ist es mir wichtig, dass die Programme der Bewerber*innen „übereinandergelegt“, die Schnittmengen gesucht und mit den Vorhaben der Kreisverwaltung und unserem Leitbild abgeglichen werden.

Vielen Dank und gutes Gelingen!

Das Interview führte Steffen Lehnert Foto: Catrin Wolf

Gedenken an Herbert Ritter aus dem Roten Nowawes



Als die Schüsse am Freitag, dem 13.11.1931 abends über den Friedrichkirchplatz (heute Weberplatz) hallten, geschah etwas, was niemand je im „Roten Nowawes“ für möglich gehalten hatte. Zwar flogen schon so manchmal die Fetzen zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern. Aber mit Schusswaffen? Herbert Ritter, einen 17jährigen Lehrling aus der Marienstr. (heute Semmelweißstr.) erwischte es schwer, sein 22jährigen Freund Freddy Skrobucha aus der Priesterstr. (heute Karl-Liebknecht-Str.) wurde ebenfalls verletzt. Ihre Freunde Fritz Moll aus der Karlstr. (heute Pasteurstr.) und Walter Becker hatten noch einmal Glück gehabt.

Die verletzten Jungkommunisten schleppten sich zur Hilfsstation der Arbeitersamariter neben dem Rathaus. Diese brachten sie zum Kreiskrankenhaus in die Lindenstraße - doch für Herbert kam dort jede Hilfe zu spät. Die ungeheuerliche Tat aus dem rechtsradikalen Milieu sprach sich wie ein Lauffeuer in Nowawes herum. Freunde des KJVD um Albert Klink organisierten spontane Protestkundgebungen, die die von Potsdam aus einrückende Polizeiverstärkung nicht duldete. Fensterscheiben des stadtbekannten Nazis und Buchhändlers Alfons Rohrbach in der Lindenstraße (heute Rudolf-Breitscheid-Str.) gingen zu Bruch. Klink und Genossen wurden aufgegriffen und inhaftiert!

Mythen wurden gesponnen: für die einen ein feiger, geplanter Mord der Nazis – für die anderen das Ergebnis der Provokation von „Radaukommunisten“. Unzweifelhaft waren die Monate nach dem Blutmai im Wedding 1929 und dem NSDAP-Erdrutschsieg bei den Reichstagswahlen im September 1930 eine Zeit eines immer sichtbarer werdenden faschistischen Terrors, aber auch des kollektiven Versagens von Sozialdemokraten und Kommunisten, gemeinsam dagegen aufzubegehren. Heute – 90 Jahre nach dem erschütternden Ereignis – die damalige Bluttat einzuordnen, ist nicht so einfach, wie sich es so manche Staatsgeschichtsschreibung gemacht hat. Unzweifelhaft kam der Schütze Günter Güstrau aus dem rechtsradikalen Milieu der mit dem „Stahlhelm“ und der „SA“ drüben in Potsdam verbandelten Clique, die im Nowaweser Schützenhaus ihre Schießabende veranstaltete. Eine organisierte SA-Formation hat es in Nowawes – im Gegensatz zu Potsdam – bis Januar 1933 jedoch nicht gegeben. Selbst der kleine Haufen der NSDAP wagte es nicht, in der Arbeiterstadt vor den Toren Potsdams bis zur Machtübernahme politisch aktiv zu sein. Noch hatten die Arbeiterparteien – wenn auch oft „aufs unerträgliche verfeindet“, in Nowawes die Mehrheit der Bürger hinter sich. Aber gerade aufgrund dieser Dominanz der linken Arbeiterschaft war die Bluttat ein Schock in der ach so heilen, aber auch sehr armen Welt von Nowawes. Aber nicht die unterschiedliche Parteipropaganda, die aus dem Tod des jungen Nowawesers, der aus einfachsten Verhältnissen stammte, sollte das Geschichtsbild von uns Nachgeboren bestimmen, sondern das zu damaligen Zeiten eher viel zu seltene gemeinsames Agieren aller Antifaschisten über ideologische Gegensätze hinweg. Die Beisetzung von Herbert Ritter am 19.11. auf dem Friedhof an der Großbeerenstraße, die 1990 den Namen des im KZ Buchenwald ermordeten Antifaschisten Ernst Thälmann – dessen auch persönliches Versagen bei der Herstellung einer Einheitsfront beider Arbeiterpartei nicht verschwiegen werden darf - durch die „neue Macht“ aberkannt erhielt, wurde zum Symbol der gemeinsamen antifaschistischen Aktion. Nicht nur legten viele Nowaweser Betriebe in diesen Stunden der Trauer die Arbeit nieder. Auf Antrag der kleinen KPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung stimmten auch die Sozialdemokraten dafür, dass die Beisetzungskosten von der Stadt übernommen wurden! Mehr noch. Am Grabe Herbert Ritters sprachen nicht nur der der Reichsvorsitzendes des KJVD, Artur Becker, sondern auch der Nowaweser Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend, Paul Bube. Auch der weitere Umgang mit der Grabstätte des Jungkommunisten belegt die Bereitschaft von Genossen beider Arbeiterparteien, das Gedenken nicht verblassen zu lassen: der angehende Architekt und Kommunist Walter Klausch, der 1933 im KZ Oranienburg von der SA ermordet wurde, schuf im Stile der Moderne den Grabstein und Karl Meichner einen 5-zackigen kupfernen Stern, der noch heute im Museum Potsdam aufbewahrt wird. Als die Nazis 1933 das Grab schändeten, konnte der Friedhofsgärtner und Sozialdemokrat Otto Oerlecke gerade diesen Stern vor den Braunen retten.

In der DDR trugen in Erinnerung an den Jungkommunisten ein Kindergarten neben dem Rathaus, das Rathaus selbst als Klubhaus und die POS 34 (heute „Neue Grundschule Potsdam“) in der Gluckstr. seinen Namen. Der politisch motivierte Bildersturm der „neuen Zeit“ machte auch in der Erinnerungskultur an diese rechtsradikale Tat des Jahres 1931 nicht halt. Den Namen des Jungen aus der Marienstraße zu tragen, schien nicht mehr opportun zu sein. Statt sich kritisch und selbstkritisch mit einer zu sehr in schwarz-weiß Bildern verhafteten DDR-Geschichtsbetrachtung auseinanderzusetzen, tilgte man – nicht nur an dieser Stelle – die Erinnerung an Terror und Opfer des aufkommenden Faschismus im Stadtbild. Nur eine Erinnerungstafel an der Weberschule am Tatort von 1931 und Herbert Ritters Grab auf dem Friedhof blieben erhalten.

Aber die „Bilderstürmer“ blieben nicht bei der Erinnerungslöschung. Ein besonders Beispiel von Nachwende-Geschichtsklitterung war die Umbenennung der vom Tatort abgehenden Herbert-Ritter-Straße (früher Kirchstr.) in Bendastr. Unzweifelhaft war Franticek (Franz) Benda (1708 – 1786), der, wie auch andere Familienmitglieder in einem Weberhaus in Nowawes lebte, ein bedeutender Musiker am Hofe Friedrich II. Wohnen tat er aber niemals in der Kirchstraße, sondern neben dem späteren Rathaus! Es darf doch gefragt werden: wäre der Immigrant Benda damit einverstanden, seinen Namen dafür herzugeben, einem Opfer rechtsradikalen Terrors die Ehrung streitig zu machen...?

Uwe Klett, Geschichtswerkstatt „Rotes Nowawes“

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe November
24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. November 2021

WILD-WEST AN DER FREUNDSCHAFTSINSEL

JOSEPHINEN-WOHNANLAGE SOLL „ENTMIETET“ WERDEN



JOSEPHINEN-WOHNANLAGE AN DER FREUNDSCHAFTSINSEL

Ein besonders krasser Fall von Profitgier und Menschenfeindlichkeit beschäftigte die Stadtverordneten in ihrer Novembersitzung. Den 111 Bewohner:innen der Josephinen-Wohnanlage, in der Burgstraße direkt gegenüber der Freundschaftsinsel, wurde durch den Betreiber Ende Oktober die Kündigung zugestellt. Begründet wurde sie mit den fehlgeschlagenen Umbauarbeiten des Speisesaals – dort sollte eine Tagespflege entstehen – und der Unmöglichkeit, die vereinbarten Leistungen auf absehbare Zeit zu erbringen. In der Öffentlichkeit löste das Vorgehen des Betreibers, einer Tochtergesellschaft der Marseille-Kliniken, große Empörung aus. Betroffene Bewohner:innen und Angehörige wandten sich verzweifelt unter anderem auch an die Linksfraktion. Das Modell des Betreibers nutzt gezielt gesetzliche Lücken zu Lasten der Bewohner:innen. Da die Betreibergesellschaft keine weiteren Angaben macht, die über den Inhalt der Kündigungsschreiben hinausgehen, sich auch nicht zu künftigen Plänen mit dem Haus äußert, muss man wohl zu der Schlussfolgerung gelangen, dass es hier womöglich hauptsächlich um eine gewinnbringende Verwertung der Immobilie geht. Durch die Trennung der Verträge für Miete, Pflege- und Serviceleistungen entzieht sich das Konstrukt gezielt den Regelungen zu einer staatlichen Aufsicht, wie sie für Alten- und Pflegeheime gelten.

Auch wenn die Stadt rechtlich keine direkten Zugriffsmöglichkeiten hat – hier ist sie gegenüber den Bewohnerinnen in der Schutz- und Fürsorgepflicht. Gemeinsam brachten die Fraktionen von LINKEN, SPD und Grünen deshalb einen Dringlichkeitsantrag ein. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, den Senior:innen Beratung und rechtliche Unterstützung anzubieten. Außerdem sollen unverzüglich Gespräche mit dem Betreiber aufgenommen werden, mit dem Ziel die Service- und Pflegeangebote aufrechtzuerhalten. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Stefan Wollenberg ließ keinen Zweifel an der Zielstellung: „Die Josephinen-Wohnanlage muss dauerhaft erhalten bleiben, am besten mit einem Träger, dem nicht die Rendite seiner Aktionäre wichtiger ist als die ihm anvertrauten Menschen.“

Rechtlich stehen die Kündigungen offenbar auf sehr unsicheren Füßen – dennoch müssen die rechtlichen Lücken auf Landes- und Bundesebene anhand dieses Falles geprüft und dringend geschlossen werden. DIE LINKE. bleibt dran und wird die Bewohner:innen bis zu einem hoffentlich guten Ende weiter begleiten.

Mit auf den Weg...



Das rücksichtslose Agieren der Betreiber der Josephinen-Wohnanlage zeigt exemplarisch, was schief läuft in unserem Gesundheitswesen. Da tritt eine Grundstücksbesitzgesellschaft als Betreiberin einer Pflegeeinrichtung auf. Und knebelt die Bewohner:innen in einer Vertragskonstruktion, die einzig und allein den Zweck hat, sich staatlichen Kontrollmechanismen zu entziehen. Traurig genug, dass es Unternehmen und Menschen gibt, die so agieren. Der eigentliche Skandal ist doch aber, dass unsere Gesetze ein solches Vorgehen überhaupt ermöglichen. Eine Rechtsordnung soll die Schwächeren in der Gesellschaft schützen. Wer im Verhältnis zwischen Pflege-Konzern und Heimbewohner der Schwächere ist – darüber muss wohl niemand lange nachdenken. Offenbar wird unser Pflegerecht diesem grundlegenden Anspruch nicht gerecht und gewährt den Senior:innen keinen ausreichenden Schutz. Was wir hier dieser Tage erleben, ist auch andernorts im Gesundheitswesen an der Tagesordnung. Überall dort, wo Konzerne die Profite für ihre Aktionäre maximieren wollen, geraten die Interessen von Patient:innen und Gepflegten ins Hintertreffen. Weil sich eine gute gesundheitliche Versorgung und Pflege und ordentlicher Profit für Aktionäre gegenseitig ausschließen, gibt es nur eine Lösung für dieses Problem: es braucht endlich ein gesetzliches Gewinnverbot für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

Corona hat uns sehr deutlich gezeigt, wohin es führt, wenn die Wirtschaftlichkeit bei der gesundheitlichen Versorgung im Mittelpunkt steht. Mit der versuchten rücksichtslosen „Entmietung“ der Josephinen-Wohnanlage, die wie ein Stück aus einem schlechten Mafia-Krimi anmutet, ist nun ein neuer hässlicher Höhepunkt erreicht. Es wird Zeit, dass wir daraus lernen: Gesundheit und Pflege gehören in die öffentliche Hand – überall und ohne Ausnahme!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Soziale Stadtwicklung in Potsdam



Mit Nachdruck setzen wir uns als Linksfraktion Potsdam seit Jahren für eine soziale Stadtentwicklung ein. So konnten wir beispielsweise im September 2020 einen Aufstellungsbeschluss und bei der SVV am 03.11.2021 einen weiteren Beschluss zur Erstellung einer s.g. Sozialen Erhaltungssatzung im Wohnumfeld des ehemaligen RAW-Geländes erwirken.

Dass es hier einen dringenden Bedarf zum Erlass der Satzung gibt, zeigt auch die jüngste Entwicklung im Wohnviertel - es wird bereits ein Haus entmietet, um die Wohnungen zu sanieren und teuer neu zu vermieten.

Wir haben frühzeitig einen engen Kontakt und Austausch zur Anwohner:innen-Initiative „Teltower Vorstadt" gesucht und aufgebaut und unterstützen ihren Kampf um die Erhaltungssatzung in der Teltower Vorstadt, öffentlicher Kommunikation des Sachstands und vor allem um ausreichende Ressourcen zur deren Umsetzung, u.a. durch unsere beharrlichen Anträge und Anfragen. Gemeinsam gehen wir jetzt den nächsten, sehr wichtigen Schritt an – die Anwohner:innenbefragung im Wohnviertel. Dazu braucht es neben viel Unterstützung vor Ort auch entsprechende Aufklärungsarbeit. Weiterhin stehen uns mit dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz weitere Instrumente auch zur sozialen Stadtentwicklung zur Verfügung - vorausgesetzt, es gibt eine entsprechende Landesverordnung. Auf Antrag der Linksfraktion hat die SVV einen Beschluss gefasst und den Oberbürgermeister beauftragt, sich beim Land für den Erlass einer entsprechenden Landesverordnung einzusetzen. Auch hier bleiben wir hartnäckig dran.

Dr. Anja Günther, Stadtverordnete

Mit dem Rad in Potsdam

Potsdam soll klima- und umweltfreundlicher umgestaltet werden. Das Fahrrad und das Lastenrad sind dabei ein wichtiger Baustein. Es ist ein umweltfreundliches Transportmittel für größere Transporte und Lasten und kann innerstädtisch das Auto ersetzen. Dafür bedarf es gut ausgebaute und sichere Radwege sowie diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten – vor allem an Verkehrsknotenpunkten. In den vergangenen Monaten hat die LINKE zahlreiche Verbesserungsvorschläge ind er Stadtverordnetenversammlung beantragt und/oder bei der Verwaltung direkt oder per Anfrage nachgehakt.

Folgende Initiativen gehen auf uns zurück:

- JobRad - Mit dem Rad zur Arbeit?
- Sonderabstellplätze für Lastenräder
- Sicherheit für Radfahrer
- Radwegplanung Marquardter Straße
- Grünpfeilschilder für den Radverkehr
- Förderung für Radabstellplätze an Bahnhöfen
- Potsdam gegen Falschparker auf Radwegen

In der vergangenen Sitzung haben wir erneut das Thema Fahrradsicherheit aufgegriffen und in den Ausschuss überwiesen. Zur wirksamen Prävention gegen die zunehmenden Fahrraddiebstähle soll die Verwaltung folgendes prüfen:

- ob und an welchen Orten in der Stadt Abstellboxen für Fahrräder (bikeandridebox) aufgestellt werden können.
- ob und wie die öffentlichen Lastenradstellplätze mit geeigneten Diebstahlsicherungsmaßnahmen und Befestigungsmöglichkeiten auszustatten sind.
- ob durch die Bildung einer Arbeitsgruppe (wie z. B. in Leipzig) städtische Maßnahmen zur Verhinderung von Fahrraddiebstählen befördert werden können.

In anderen Städten gibt es solche geschlossenen Abstellboxen für Fahrräder z. B an Bahnhöfen. Darin können Radfahrer ihr Rad wetter- und diebstahlgeschützt einstellen. Die Kosten tragen die Radfahrer über variabel buchbare Gebühren. Weil von außen nicht sichtbar ist, ob ein Rad eingestellt ist oder nicht, sollte sich ein hoher Diebstahlschutz ergeben. Damit können die Bedingungen für den Radverkehr von Pendlern wirksam verbessert werden.

Die gemäß des Antrags der Linksfraktion DS 20/SVV/0209 neu eingerichteten bzw. geplanten Sonderstellplätze für Lastenfahrräder sollen wie alle offiziellen Fahrradabstellplätze mit einer Diebstahlsicherung versehen sein.

FRAGEN & ANTWORTEN

Wissenstransfer - Holzbau

Die Linksfraktion setzt sich seit langem für eine Minimierung des Energieverbrauchs von Gebäuden in Potsdam sowie einem bewussten und nachhaltigen Umgang mit verfügbaren Ressourcen ein - genau dadurch zeichnet sich ökologisches Bauen aus. Ökologisch errichtete oder sanierte Häuser senken somit nicht nur Energieverbrauch- und kosten und schützen die Umwelt, sondern steigern zudem die Wohngesundheit der Menschen und Haustiere, durch eine deutliche Senkung der Belastung von Innenräumen v.a. mit Chemikalien und Schimmel. In der SVV am 03.11.2021 fragte Dr. Anja Günther, Linksfraktion Potsdam den Oberbürgermeister, wie seine Aktivitäten zum Thema Holzbau auf Bau- und Sanierungsprojekte der Stadt Potsdam angewendet werden können. Anlass war sein Besuch der „city of wood", einer Nullenergie-Stadt in München, mit mehrgeschossigen Neubauten aus Holz, v.a. Hybridgebäude, Aufstockungen bestehender Wohnhäuser und Funktionsgebäude, https://www.forum-holzbau.com/pdf/ihf12_boehm.pdf.

Der Oberbürgermeister betonte in seiner Antwort der Anfrage der Linksfraktion noch mal das gemeinsame Interesse für ökologisches Bauen und die Prüfung der künftig verstärkten Verwendung von Holz. Er berichtet über den Stand der in einem gemeinsamen Prozess entwickelten Idee eines Fachsymposiums zur Prüfung des Potentials als auch der Herausforderungen für das Bauen und Sanieren von Wohn- und Funktionsgebäuden.

Da für das Fachsymposium hochkarätige Referent:innen eingeladen werden sollen, konnte er leider noch keinen Termin nennen. Die Linksfraktion freut sich über die Initiative und nimmt die Einladung des OB zum weiteren Dialog an.

Park am Pfingstberg öffnen

Seit 2014 ist der bis dahin offene Park um die Villa Henkel am Pfingstberg eingezäunt, also nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich. Hintergrund ist ein 2013 von der Schlösserstiftung mit dem Eigentümer der Villa Henkel, dem Chef des Springer-Konzerns Matthias Döpfner abgeschlossener Nießbrauchvertrag. Nach vielfältigen Protesten und heftigen Diskussionen im Hauptausschuss ist die Forderung nach einer zeitnahen schrittweisen Wiedereröffnung des Parks formuliert und auch in einer Vereinbarung festgeschrieben worden. Wie Herr Rubelt auf meine Anfrage mitteilte, soll die Sanierung des Parks und der Villa Schlieffen bis 2023 abgeschlossen sein. Allerdings ist bisher keine Teilöffnung erfolgt. Baufortschritte sind auch nicht erkennbar. Deshalb wird sich der Hauptausschuss im Dezember, so unsere Forderung, mit dem Problem einer zügigen Öffnung des Parks beschäftigen. Öffentliche Nutzung für alle muss wieder zur Normalität werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Beschlossen

Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG



Die Stadt ist seit Gründung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbh (BKG) als Minderheitsgesellschafter an der gGmbH beteiligt. Diese Beteiligung war ein wichtiger Schritt bei der Konstituierung der Gesellschaft. Mittlerweile hat sich die BKG etabliert und aus Landessicht immer weiter profiliert. Deshalb ist überlegenswert, die Beteiligung der Stadt als Mitgesellschafter zu überdenken und gegebenenfalls durch eine gezielte Projektförderung der Stadt zu ersetzen. Daher haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der BKG und im Rahmen der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam sich mit dem Land Brandenburg (dem MWFK) zu prüfen, wie sich die LHP nach dem Auslaufen der aktuellen Verwaltungsvereinbarung (zum Jahresende 2022) ab dem Jahr 2023 an der BKG beteiligen soll.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des Jahres II. Quartals 2022 vorzulegen.

Foto: HPBG

Potsdams kreatives Museums Quartier

Das neue KreativQuartier Potsdam eröffnet seine ersten Flächen mit dem 1. Bauabschnitt im Langen Stall Ende 2023. Direkt am historischen Portal und an der Plantage gelegen, bietet der Lange Stall ideale Flächen für die Ansiedlung von Erweiterungsflächen für das Potsdam Museum. Mit dem Beschluss Drs. 21/SVV/1463 vom 18. Februar 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Oberbürgermeister beauftragt zu untersuchen, ob und wie die geplante Erweiterung des Potsdam Museums in das neue KreativQuartier integriert werden kann. Es zeichnet sich ab, dass eine mögliche Finanzierung und Realisierung des Projekts auf den Doppelhaushalt 2023/2024 verschoben werden muss.

Der Projektentwickler Glockenweiß hat sich bereiterklärt, die Vermarktung von diesen für das Potsdam Museum vorgesehenen Flächen an Dritte zurückzustellen, unter der Voraussetzung, dass von der SVV ein eindeutiges Zeichen/ Votum in Form eines Beschlusses gegeben wird, eine Ansiedlung des Potsdam Museums im KreativQuartier weiter anzustreben.

Daher wurde der Oberbürgermeister beauftragt in finanzieller Hinsicht zu prüfen, ob und wie eine Ansiedlung des Potsdam Museums im Kreativquartier möglich ist, um valide Zahlen für die Aufstellung des Haushalts 2022/2023 zu generieren. Gleichzeitig ist weiterhin die Möglichkeit eines Anbaus am Alten Markt zu prüfen.

Überwiesen

Personalbedarfsanalyse

Wichtige Voraussetzung für eine voll handlungsfähige Stadtverwaltung ist eine aufgabengerechte Personalausstattung. Obwohl zu Beginn der Wahlperiode durch die Schaffung zusätzlicher Stellen eine erhebliche Personalverstärkung erfolgt ist, sind die damit erhofften Effekte nur teilweise oder gar nicht eingetreten. So ist ein großer Teil der Stellen unbesetzt. Andererseits werden durch eine unbefriedigende Erfüllung von Aufgaben Schwachstellen auch in sensiblen Teilen der Verwaltung sichtbar. Deshalb sollte mit Blick auf den Haushalt 2022/2023 eine Personalbedarfsanalyse erarbeitet werden.

DIE Fraktion DIE LINKE hat den Oberbürgermeister beauftragt, in einer Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

· die gegenwärtigen Schwachpunkte (Bereiche mit Unterbesetzung) aufzuzeigen,

· die im Stellenplan enthaltenen nicht besetzten Stellen einschließlich der Dauer und der Gründe für die Nichtbesetzung darzulegen und

· die Möglichkeiten einer Umwidmung nicht besetzter Stellen und andere Wege zugunsten einer besseren Ausstattung unterbesetzter Bereiche zu prüfen.

Diese Analyse ist der Stadtverordnetenversammlung in Verbindung mit dem Haushalt 2022/2023 vorzulegen.



Übernahme von Erschließungskosten für städtisches Grundstück „Angergrund“

Es ist erklärtes politisches Ziel der Stadt Potsdam, in Babelsberg Kleingärten am „Angergrund“ zu erhalten. Dafür wurde die Aufstellung eines B-Planes beschlossen. Für den Erhalt von diesen Gärten ist die Sicherung der Strom- und Wasserversorgung unabdingbar. Um den VGS und die Kleingärtner bei dieser Aufgabe zu unterstützen, möge die Stadt Potsdam Erschließungskosten für das im städtischen Besitz befindliche Grundstück übernehmen. Die Stadtverordneten haben einen entsprechenden Finanzrahmen pro Jahr für solche Zwecke mit dem Haushalt beschlossen.

Die Fraktion DIE LINKE beauftragt den Oberbürgermeister, Erschließungskosten für das städtische Grundstück der Kleingartensparte „Angergrund“ aus der Stadtkasse zu übernehmen zu lassen. Es handelt sich um 4.733,39 Euro für die Erschließung mit elektrischem Strom und die Inbetriebnahme von Wasserpumpen für die Wasserversorgung der Kleingärten.

Neuordnung des OSZ I mit Widerständen



FONTANE-OBERSCHULE IN DER WALDSTADT

Es war die Lösung des gordischen Knotens im Streit um die Schulentwicklungsplanung vor der Sommerpause. Das Gebäude des OSZ I in der Jägerallee soll schon im kommenden Schuljahr die neue Heimstatt der Gesamtschule „Am Schloss“ werden. Das schon länger nicht mehr ausgelastete Oberstufenzentrum soll auf bestehende Standorte innerhalb Potsdams aufgeteilt werden. Sicher keine leichte Aufgabe – aber das war die Maßgabe der Politik, die sie der Verwaltung mitgegeben hatte. Einen entsprechenden Vorschlag brachte die Beigeordnete Noosha Aubel nun in die Stadtverordnetenversammlung ein. Die Diskussionen hatten allerdings bereits vorab in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung und auch im Ausschuss begonnen. Die Ausbildungsgänge im Einzelhandel sollen zum kommenden Schuljahr an das OSZ II in der Waldstadt zurückkehren, ebenso der neue Ausbildungsgang der gestaltungstechnischen Assistenten. Weitere Klassen für die Berufsvorbereitung sollen ab 2023 im OSZ III in der Berliner Straße untergebracht werden.

Besonders umstritten ist die geplante Unterbringung der Fachoberschule Technik im Gebäude der Fontane-Oberschule in der Waldstadt. Sie betreut ein Klientel, das in vielen Bereichen besonderen Unterstützungsbedarf hat. Zwischen Verwaltung und Schule bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen über verfügbare Raumkapazitäten. Für die Unterbringung der Fachoberschüler würden 6 Klassenräume benötigt. Auch deswegen nahmen die zuständige Beigeordnete Noosha Aubel und der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Stefan Wollenberg (DIE LINKE.) einen Termin mit der Schulleitung vor Ort wahr. Die Sorgen der betroffenen Schulen sind selbstverständlich ernst zu nehmen. Dennoch braucht es eine Lösung, um den Umzug des Oberstufenzentrums zu bewältigen. In der Ansiedlung der Fachoberschule in der Waldstadt liegt auch eine Chance, bietet sie den Oberschülern doch eine tolle Chance, ihre Ausbildung nahtlos Richtung Fachabitur fortzusetzen. Einige Fragen sind allerdings vorher noch zu klären. Deswegen wurden die Umzugspläne noch einmal in den Bildungsausschuss überwiesen. Die Entscheidung soll dann in der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden. Das Ziel bleibt: eine gute Lösung für alle betroffenen Schüler:innen!

Termin für telefonische Bürgersprechstunde September

Dr. Sigrid Müller
30. November 2021
9:30 – 12 Uhr
TEL.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
30. Oktober 2021
9:30 – 12 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25
nach Anmeldung auch persönlich möglich

Fraktionssitzung

22.11.2021
29.11.2021
06.12.2021
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Endlich wieder „Rathausreport Live“

Endlich wieder Informationen aus der Stadtverordnetenversammlung aus erster Hand. Wir freuen uns auf einen regen Austausch mit Ihnen.

Sonntag, 5. Dezember 2021,
von 10 -12 Uhr
im Bürgerhaus Stern*Zeichen,
Galileistraße 37-39,
14480 Potsdam

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Ehre für's Ehrenamt

Schon im Mai vergangenen Jahres musste der Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. die ansonsten turnusmäßig im Juni stattfindende Seniorenwoche absagen. Corona machte diese Maßnahme notwendig. In 2021 wurde die 27. Seniorenwoche ebenfalls verlegt. Vom 3. bis zum 10. Oktober 2021 fand sie nun statt. „Für ein lebenswertes Brandenburg – solidarisch, aktiv mitbestimmend für alle Generationen" – so das Motto, das über der Woche stand.

Am 02.10.2021 fand eine Festveranstaltung in der Paul-Gerhardt-Kirche in Lübben statt, an der ca. 100 geladene Gäste teilnahmen. Hier wurden traditionell die Ehrenurkunden des Seniorenrates des Landes Brandenburg (SRLB e.V.) an besonders aktive Senioreninnen und Senioren durch den traditionellen Schirmherrn der Seniorenwoche, Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, und den Landesvorsitzenden des SLRB, Wolfgang Puschmann, überreicht.

Der Ministerpräsident betonte in seiner Laudatio: „Seniorinnen und Senioren wollen und sollen mitgestalten, fast ein Drittel engagiert sich ehrenamtlich. Das ist sehr wertvoll und trägt nachhaltig zum sozialen Zusammenhalt bei. Und natürlich ist auch die Mitbestimmung der Älteren wichtig – gerade in einem Land wie Brandenburg mit einem hohen Anteil von Seniorinnen und Senioren. Dass sich Menschen in mehr als 170 kommunalen Seniorenbeiräten einbringen, darauf legen wir auch künftig sehr viel Wert."

Aus Potsdam war unser Parteimitglied Gerhard Kienberg dabei. Kienberg, immerhin schon 82 Lenze „alt", ist langjährig erfolgreich ehrenamtlich in verschiedenen Funktionen für und mit den Senior*innen der Landeshauptstadt tätig. So als Freizeitgärtner und lange Jahre als gewählter Vorstandsvorsitzender im seniorendominierten Kleingartenverein „Am Kaiserbahnhof". Als Mitglied und zeitweiliger Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Senioren" der Partei DIE LINKE und insbesondere als Leiter der 8-köpfigen Arbeitsgruppe „Gesundheit und Soziales" des Potsdamer Seniorenbeirates war und ist Kienberg aktiv. Allgemeine Anerkennung fand sein kreatives Wirken im „Netzwerk älter werden in der Landeshauptstadt Potsdam" und seine Arbeit in den Senioreneinrichtungen, um nur einiges zu nennen. Ein wirklich anspruchsvolles Programm, das der rüstige Rentner da bewerkstelligt. Warum tut man sich das an, fragen wir Gerhard Kienberg. Der lacht: „Vielleicht ist es angeboren. Aber ganz sicher ist die Ursache dieses tief verwurzelten Solidaritätsgefühls, des Helfersyndroms in meinem Berufsleben als früherer Gewerkschafter zu suchen". Kienberg war jahrelang Funktionär im FdGB, Bezirk Potsdam, in DDR-Zeiten. Und er sagt zu seiner heutigen Aktivität nur: „Es stimmt wohl der DDR-TV-Slogan ‚Rentner haben niemals Zeit', oder?!" Wichtig ist für uns alle, dass es solche selbstlosen Ehrenamtler gibt wie Gerhard Kienberg. Den wir auch noch einmal an dieser Stelle zur Auszeichnung mit der „Ehrenurkunde" beglückwünschen.

Fazit und Ausblick: Die 27. Brandenburgische Seniorenwoche (BSW) bot landesweit zahlreiche Veranstaltungen für Austausch, Begegnung und Diskussion. Bis zum Jahr 2030 wird es einen schnellen Anstieg der älteren Bevölkerung im Land Brandenburg geben: Der Anteil der über 65-Jährigen wird von heute rund einem Viertel auf knapp ein Drittel der Landesbevölkerung zunehmen. Dann werden über 760.000 Seniorinnen und Senioren in Brandenburg leben, 130.000 mehr als heute. Brandenburg altert damit schneller als andere Regionen in Deutschland. Und das heißt: Wir brauchen jeden Ehrenamtler.

Bernd Martin

Die Sicherheit der Rente ist eine politische Frage

Mit Blick auf die regelmäßigen Angriffe auf die gesetzliche Rente sagt Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE: „Alle paar Tage startet ein Wirtschaftslobbyist einen Angriff auf die gesetzliche Rente. Die falsche Behauptung, eine gute Rente mit einem verlässlichen Renteneintrittsalter von 65 oder 67 Jahren sei nicht finanzierbar, wird nicht richtiger, wenn man sie öfter wiederholt. Andere Länder wie Österreich und die Niederlande können es, Deutschland kann es auch.

Die Rente ist sicher, wenn wir sie sicher machen. Eine sichere Rente kann erreicht werden, in dem man alle Einkommen vollständig für die Rentenbeiträge einbezieht. Dann ist Spielraum für höhere Renten, eine Mindestrente von 1.200 Euro und eine Absenkung des Renteneintrittsalters auf wieder 65 Jahre.

Wie Menschen bei uns im Alter leben, ist ein Ergebnis von politischen Entscheidungen. Nötig ist, sich klar zu guten und verlässlichen gesetzlichen Renten zu bekennen. Gebt den Menschen Sicherheit! Geringverdiener:innen können nicht privat fürs Alter vorsorgen, vielen - insbesondere Frauen - droht Altersarmut, wenn die gesetzliche Rente nicht zum Leben reicht."

Haushaltsverhandlungen - LINKE Gegenoffensive für ein soziales Brandenburg

Von Marlen Block (MdL) und Isabelle Vandre (MdL)



Als der Sozialausschuss des Brandenburger Landtages Anfang November zusammenkam um über den Haushaltsplan 2022 zu debattieren, fand draußen auf dem Alten Markt bereits zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden eine Kundgebung statt.

Das Ziel beider Veranstaltungen: die Kürzungen im Sozialbereich Brandenburgs verhindern. Mitten in der 4. Welle und lange bevor die Auswirkungen der Pandemie in ihrem Umfang überhaupt überschaubar sind, kürzt die Landesregierung ausgerechnet bei jenen Organisationen und Strukturen, die sich für soziale Belange engagieren.

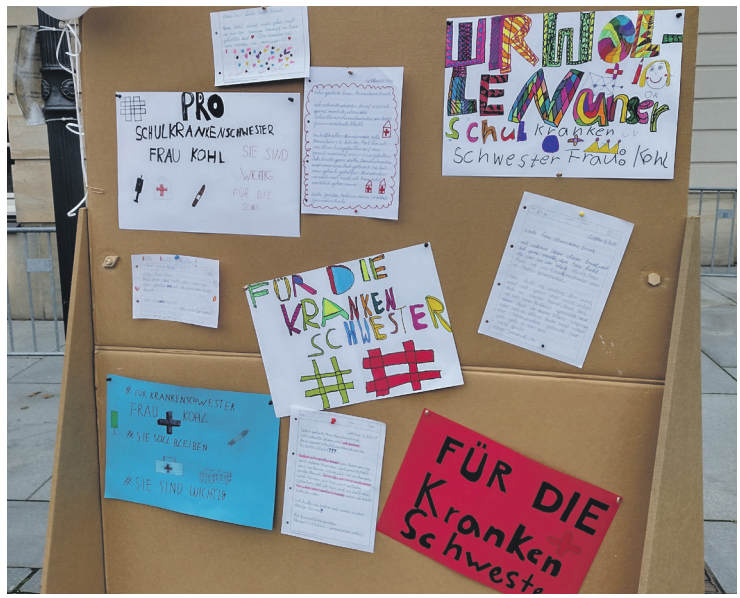
Dabei ist seit Monaten offensichtlich: die Anzahl der Menschen, die unter psychischen Belastungen leiden, nimmt genauso zu wie Suchterkrankungen, finanzielle Schwierigkeiten etc. Besonders hart treffen die Folgen der Pandemie diejenigen, die es bereits vor der Krise schwer hatten: Senior:innen, Familien, Alleinerziehende, prekär Beschäftigte, Kinder und Jugendliche.

Knapp 40 Organisationen haben sich daher zusammengeschlossen und sowohl zu der Kundgebung „Uns könnt ihr euch nicht sparen“ am 2. November, als auch zur Kundgebung der LINKEN Brandenburg zur Rettung der Schulkrankenschwestern am 3. November aufgerufen. Die Schulkrankenschwestern, die seit 2017 an 27 Schulen in Trägerschaft der AWO Schüler:innen in ihrem Alltag unterstützen, sollen komplett gestrichen und damit entlassen werden - trotz durchweg positiver Erfahrungen an den Schulen. Der durch die Verbände, die Kommunen und uns in den letzten Wochen aufgebaute Druck auf die Koalitionsfraktionen hat bisher leider nur zu einer teilweisen Rücknahme des Sparprogramms geführt. Die Kürzungen im Aktionsplan queeres Brandenburg und im Integrationsbereich konnten komplett abgewandt werden, wenngleich die Kommunen in der Integration zukünftig einen Eigenanteil von 30% leisten müssen.

Bei vielen weiteren Posten wurden die Kürzungen teilweise zurückgenommen und verbleiben nun knapp unter dem Niveau aus dem letzten Haushalt. Weniger Kürzungen sind zwar zu begrüßen, im Gros bedeutet dies aber auch, dass die Koalition immer noch 55.900 Euro einspart. Und das in einem Politikbereich, der chronisch unterfinanziert ist. Denn selbst die Rücknahme aller Kürzungen geht an dem vorbei, was die Krise eigentlich verlangt: eine Offensive für den sozialen Zusammenhalt in Brandenburg. Dieser sehen wir uns als Linksfraktion verpflichtet. Entscheidend in den kommenden Monaten ist es, niemanden zurück zu lassen, auf die gestiegenen Unterstützungsbedarfe zu reagieren, Familien finanziell zu entlasten und Kinder und Jugendliche vor Ort zu unterstützen.

Deshalb fordern wir die Vergünstigung des Sozialtickets in Brandenburg, wollen die Preissteigerungen des Semestertickets der Studierenden verhindern, beantragen, dass jede Schule eine:n Schulsozialarbeiter:in erhält und dass die KiTa – Beitragsfreiheit vorangebracht wird. Die kaum mehr bezahlbaren Mietpreissteigerungen verlangen zudem nach mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, die wir ebenfalls beantragt haben. Und auch die Krankenhäuser brauchen mehr Geld, um auf die Krise des Gesundheitssystems zu reagieren. Hierfür haben wir den Aufwuchs der Investitionspauschalen um 70 Mio. € gefordert. Zur Unterstützung der Kommunen, aber vor allem um Kinder und Jugendliche zu stärken, haben wir eine vollkommen neue Idee in den Landtag Brandenburg eingebracht: die Einführung eines Kinder- und Jugendbudgets. Mit dem Geld, dass die Kommunen pro Kind und Jugendlichem erhalten, könnten sie gezielt Projekte der Jugendarbeit fördern, Beteiligungsformate etablieren oder Freizeitangebote schaffen. Wir sind der festen Überzeugung: durch die soziale Krise, die unweigerlich auf die gesundheitliche folgen wird, kommen wir nur, wenn die sozialen Folgen abgemildert werden.





GELD FÜR KULTUR - NICHT FÜR RENDITE!

„freiLand“-Gelände in Stadtbesitz überführen! - Gastbeitrag

Seit 2017 steht das „freiLand“ auf wackeligen Beinen. Das Gelände gehört den Stadtwerken Potsdam, die den Pachtvertrag nur jährlich und mit politischem Druck verlängern. Als Unternehmen sei es nicht ihre Aufgabe, einen Kulturort zur Verfügung zu stellen, sondern Gewinne zu erzielen. Das gilt auch für eine 100%ige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Potsdam.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur dauerhaften Sicherung des „freiLands“ am gegenwärtigen Standort (18/SVV/0337 vom 06.06.2018) sollte helfen. Für das „Wie“ und „Was“ der Umsetzung des Beschlusses engagierte die Stadt PWC, eine private Beratungsfirma. Für viel Geld sollte die Firma Lösungen zum weiteren Bestehen des „freiLands“ erarbeiten. Dabei orientiert sie sich an den Verwertungsmechanismen des Marktes.

Für das „freiLand“ steht nach Abschluss des Verfahrens ein teurer Erbbaurechtsvertrag nach einem marktüblichen Zins zur Verhandlung. Eine Lösung an marktüblichen Preisen vorbei sei unvorstellbar.

UNSERE KRITIK

Dauerhaft steigende Kosten Der mit 3% hohe Pachtzins, soll über eine Wertsteigerungsanpassung an die Entwicklung des Grundstückpreises gekoppelt werden. Eine moderate Preisentwicklung ist nicht zu erwarten: Seit 2017 hat sich der Bodenpreis des „freiLand“-Geländes von 100 auf 450 Euro pro Quadratmeter mehr als vervierfacht.

BELASTUNG DES KULTURHAUSHALTES

Die Arbeit des Trägers und die Grundstückspacht werden aktuell aus dem Kulturhaushalt der Stadt Potsdam gefördert. Ein hoher Pachtzins belastet damit stark den Kulturetat der Stadt und geht damit auch zu Lasten anderer förderwürdiger Kulturprojekte. Bei der Kultur, als sogenannter freiwillige Leistung der Kommunen, wird in Krisen wie der aktuellen schnell gespart.

UNSERE FORDERUNG

Die Stadt Potsdam sollte als Eigentümerin der Stadtwerke Potsdam das Grundstück aus deren Bestand entnehmen und es selbst an das „freiLand“ zu einem verminderten Zins verpachten.



Vorteil EINS: Die Stadt Potsdam würde sich mit der Ausweitung der eigenen Flächen mehr Handlungsspielraum für eine aktive Stadtentwicklung unter sozialen Gesichtspunkten geben. Eine Stadt für Ihre Bewohner:innen, nicht für die Gewinnsteigerung von Unternehmen.

Vorteil ZWEI: Potsdam würde langfristig ein städtisches Grundstück als öffentlichen Kulturstandort sichern und damit ein Zeichen für die heutige und zukünftige Stadtgesellschaft setzen.

Vorteil DREI: Da Zinsen weit unter 3% möglich sind (laut Stadtverordnetenbeschluss von 1995 sogar von 1%) würde diese Lösung den Kulturhaushalt entlasten und dauerhaft kalkulierbare Kosten bringen.

Es gibt kostengünstige und nachhaltige Wege zum Erhalt von stadtgesellschaftlich relevanten Räumen wie das „freiLand“. Lasst uns nicht die Kulturgelder der Stadt nutzen, um die Bilanz stadteigener Betriebe aufzubessern!

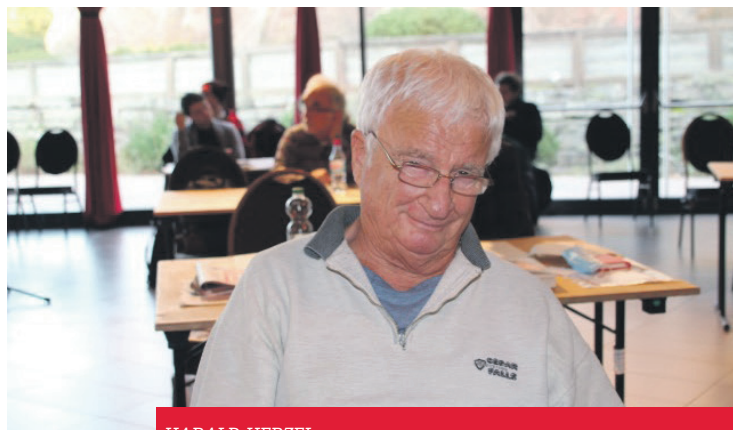
Mehr dazu: freiland-potsdam.de

„Wo ist Kairos?“ im Landtag Brandenburg Ausstellung von Harald Herzel

Am Donnerstag den 28.10.2021 stellte der Potsdamer Künstler Harald Herzel im Rahmen einer Veranstaltung seinen Bilderzyklus „Wo ist Kairos?“ vor. Die Ausstellung, die im Flur der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg hing, zeigte auf eindrückliche Weise, wie Herzel mit gesellschaftlichen Umbrüchen umzugehen versucht und verweist immer wieder auch auf die aktuelle Stiuation der Partei.

Rund 25 Gäste waren zur Veranstaltung gekommen, in der der Autor Wolfram Adolphi gemeinsam mit Harald Herzel einen Versuch der Interpretation unternahm und die größtenteils um 1990 entstandenen Werke auch zu heutigen Ereignissen ins Verhältnis stellte. Was tun, wenn die eigene Welt, die eigenen Ideale ins Rutschen geraten, weil man feststellen muss, dass sie so, wie man sie gemeint hat, nicht gelebt worden sind?

Harald Herzel ist Matrose, Linker seit seiner Jugend, Kunsterzieher und Künstler. Der Abend war gefüllt mit seinen Wünschen für eine weltoffene, solidarische Gesellschaft und der Frage: Wie lassen sich gemachte Erfahrungen, aber auch begangene unverzeihliche Fehler, an eine jüngere Generation vermitteln, damit diese von den Erfahrungen profitieren kann und die Fehler nicht zu widerholen braucht? Eine Frage, die auch die Potsdamer LINKE aktuell wieder diskutiert. So zeigt sich, dass Kunst, die sich mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigt, nie an Aktualität verliert, denn so wie sich eine Gesellschaft verändert, stellt sie sich doch immer wiederkehrend ähnliche Fragen, auf die Harald Herzel in seinem Bilderzyklus Versuche von Antworten skizziert.



HARALD HERZEL

Auch seine Enkelin, sowie Herzels Frau und Tochter waren zur Veranstaltung erschienen und stellten einen persönlichen Bezug zwischen dem Menschen Herzel und seiner Kunst her, der den Abend bereicherte und gleichzeitg die Vielseitigkeit von Herzels Kunst betonte.

Ja, ist denn heut‘ schon Weihnachten?



Anfang November und der Potsdamer Weihnachtsbaum ist schon da. Gut 10 Meter ist er groß. Die Arbeiter mühten sich mit Kran und einigen Ideen der Schwerkraft entgegenzuwirken. Der Baum wehrte sich eine Weile, wollte nicht in den “Ständer”. Doch nach 10-minütiger Bearbeitungszeit stand er! Jetzt brauchte er „nur noch“ in seinen blauen Lichterglanz versetzt werden. Dann kann sie kommen – die besinnliche Weihnachtszeit. In der Adventszeit bietet das UNESCO-Welterbe der brandenburgischen Landeshauptstadt eine märchenhafte Kulisse. Ob holländisches Handwerk, polnische Spezialitäten, russische Bräuche oder böhmische Kunst – Potsdam besinnt sich beim vorweihnachtlichen Treiben auf seine Geschichte, die von den Einwanderern der Stadt geprägt ist. Ab Monatsende November ist Weihnachten angesagt in unserer Stadt: Ob auf dem großen Weihnachtsmarkt im „blauen Lichterglanz“, der schon ab 22. 11. beginnt und bis 29.12 bleibt. Jedoch wird es in diesem Jahr keine Weihnachtshütten auf der Brandenburger Straße und in den Kreuzungsbereichen geben. Auf dem Luisenplatz und dem Bassinplatz wird es jeweils einen umzäunten Weihnachtsmarkt nach 2G-Regeln und mit Zutrittskontrolle geben. Zusätzlich werden die Kontaktdaten erfasst. Im Advent lockt es auf dem Weberplatz in Babelsberg zum Böhmischen Weihnachtsmarkt rund um den 1. und 2. Advent; auf dem polnischen Sternenmarkt & Sternenfest am 2. Advent im Kutschstall; in den russischen Adventsgarten in der Alexandrovka (1. Advent); zum Weihnachtsmarkt auf dem Pfingstberg (2.Advent) oder letztlich draußen rund um die Obstscheune Marquardt (1. Advent) – überall wird es weihnachten. Auch wir als LINKE werden rund um den Markt präsent sein, mit Bürger:innen ins Gespräch kommen und Unterschriften für den Mietendeckel sammeln.

Hübsch geworden

Die KlebeBande aus Berlin hat zusammen mit Studierenden der Uni Potsdam und Potsdamer Schüler:innen das Kesselhaus des Waschhauses neu eingekleidet. So sieht es jetzt aus.



Neue Ausstellung im OB-Flur



Potsdams Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth hat ANFANG NOVEMBER 2021 die Ausstellung „Erzählgalerie unterwegs #04“ im Flur des Oberbürgermeisters im Rathaus eröffnet. Dort werden bis Ende des Jahres elf Portraits von Migrant:innen Besucher:innen, sog. Friedensgesichter gezeigt, ergänzt durch selbstgeschriebene Alltagsgeschichten, sog. Friedensgeschichten. Die Protagonisten sind zum großen Teil Besucher des Erzähl-Cafés im Rechenzentrum und wurden dort von der Potsdamer Künstlerin Katrin Seifert gemalt.

Ausstellung



Die Grenzen der EU – Ausstellung über Flucht am Rande Europas

Die Ausstellung ist vom 16. November bis zum 22. Dezember 2021 auf dem Flur der Linksfraktion im 2. Stock des Potsdamer Landtagsgebäudes zu sehen. Sie ist wochentags von 9 bis 16 Uhr geöffnet.

